

Selects-Panelbefragung 2019–2021

Die Schweizer Wahlstudie Selects untersucht seit 1995 das Wahlverhalten der Schweizerinnen und Schweizer bei eidgenössischen Wahlen. Als Forschungsprojekt von nationaler Bedeutung leistet sie einen wichtigen einen Beitrag zur sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung.

Im Rahmen der Selects-Studie werden regelmässig Befragungen durchgeführt. Eine davon ist eine Online-Panelbefragung, bei der dieselben Personen mehrmals befragt werden. Damit kann die Entwicklung der Meinungen und politischen Einstellungen vor und nach jeder eidgenössischen Wahl erforscht werden. Im Folgenden werden einige ausgewählte Resultate der fünf Befragungswellen vorgestellt, die zwischen Mai 2019 und November 2021 stattfanden. Insgesamt nahmen fast 8000 Personen an mindestens einer der fünf Wellen teil.

	Welle 1	Welle 2	Welle 3	Welle 4	Welle 5
Befragungszeitraum	20.05.2019 – 08.07.2019	02.09.2019 – 17.10.2019	21.10.2019 – 09.12.2019	28.09.2020 – 02.11.2020	27.09.2021 – 01.11.2021
Anzahl gültiger Interviews	7939	5577	5125	2499	2323

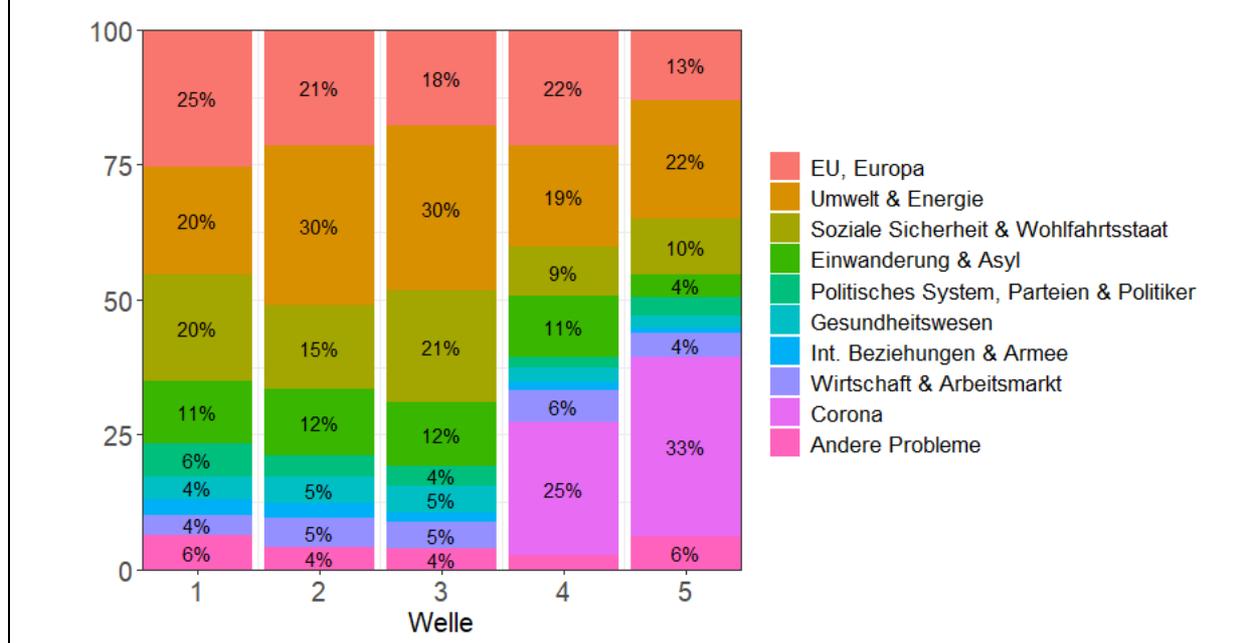
Wichtigstes politisches Problem

Worin sehen die Schweizerinnen und Schweizer das wichtigste politische Problem der Schweiz? Grafik 1 präsentiert die Resultate der fünf Befragungswellen. Sie zeigt für jede Welle auf, welcher Anteil der Befragten welches politische Problem für am dringlichsten hielt.

Vor der Corona-Pandemie (Wellen 1 bis 3) liess sich die Hauptsorge der Schweizerinnen und Schweizer vier Themenkreisen zuordnen: Beziehungen zur Europäischen Union, Umwelt, soziale Sicherheit sowie Migration und Asylwesen. Vor den eidgenössischen Wahlen 2019 hat die Umweltthematik viel an Bedeutung gewonnen (Wellen 2 und 3) und sich in den Augen der Befragten als wichtigstes politisches Problem der Schweiz etabliert. Damit lässt sich vermutlich der grosse Wahlerfolg der Grünen (+6,1 Prozentpunkte gegenüber den eidgenössischen Wahlen 2015) und der Grünliberalen (+ 3,2 Punkte) erklären.

Mit dem Auftreten der Corona-Pandemie zwischen Welle 3 und 4 verlagerten sich indessen die Sorgen der Befragten. So hielten 2020 (Welle 4) rund ein Viertel der Befragten Corona für das wichtigste Problem der Schweiz, und 2021 waren es sogar ein Drittel (Welle 5). Zudem hatte die Mehrheit der Befragten, die in Welle 4 Corona als Hauptproblem bezeichneten, in der Welle davor (Welle 3) eines der drei zuvor ermittelten Hauptprobleme (Umwelt, soziale Sicherheit, EU) angegeben.

Grafik 1: Wichtigstes politisches Problem in Prozent der Befragten für jede der fünf Befragungswellen



Hinweis zur Methodik

Da die Stichprobe der befragten Personen im Laufe der Zeit abnimmt, können die Stichproben der Wellen 2 bis 5 durch eine Längsschnittgewichtung «korrigiert» werden. Dadurch werden die fünf Befragungswellen vergleichbar, als ob die in der ersten Welle Befragten tatsächlich an allen Wellen teilgenommen hätten.

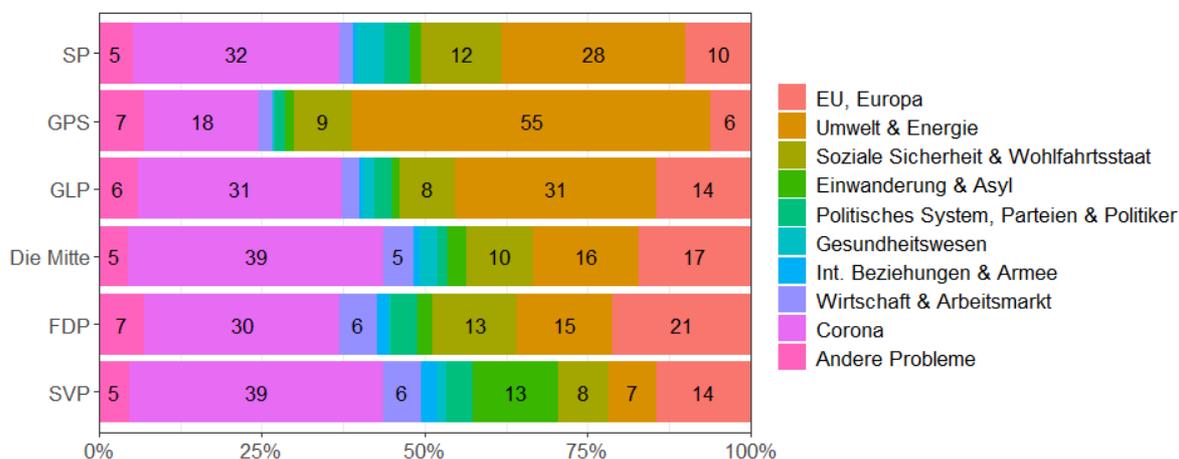
Die wachsende Bedeutung der Corona-Thematik für einen immer grösseren Teil der Bevölkerung scheint gemäss diesen ersten Resultaten ziemlich eindeutig. Doch lassen sich Unterschiede zwischen der Wählerschaft der verschiedenen Parteien ausmachen? Der Wahlentscheid einer Person lässt sich bis zu einem gewissen Grad mit dem politischen Problem erklären, welches sie für am wichtigsten hält. Man denke etwa an die Umwelt und die Grünen oder an die Migration und die SVP. Die Corona-Pandemie und ihre Bedeutung in unserem Leben haben die Lage potenziell verändert.

Die nachstehende Grafik 2 zeigt die Verteilung der Bedeutung, welche die potenzielle Wählerschaft der sechs grössten Parteien 2021 (Welle 5) verschiedenen politischen Problemen beimassen. Was ins Auge sticht, ist die grosse Bedeutung der Corona-Problematik über alle Parteien hinweg. Mit Ausnahme der Wählerschaft der Grünen und der Grünliberalen ist Corona für alle Parteienanhängerschaften die wichtigste Thematik. Unter den Befragten sind es insbesondere die Wählerinnen und Wähler der Mitte und der SVP, die Corona für das wichtigste Problem halten (SVP: ca. 39 %). Im Gegensatz dazu gaben nur ca. 18 % der Wählerinnen und Wähler der Grünen Corona als Hauptproblem an, während 55 % die Umwelt für das wichtigste politische Problem hielten. Bei der potenziellen Wählerschaft der Grünliberalen hingegen sind die beiden Themen gleichmässig aufgeteilt: etwa 31 % der GLP-Sympathisierenden halten Corona für das wichtigste Problem, während es für ungefähr gleich viele die Umwelt ist.

Interessanterweise hat sich die Meinung der Wählerschaft der Grünen bezüglich der Bedeutung des Umweltthemas seit den eidgenössischen Wahlen 2019 kaum verändert. Von den Befragten, die 2019 (Welle 3) für die Grünen stimmten, hielten ca. 59 % die Umwelt für das wichtigste Problem, während es heute immer noch rund 55 % sind. Zum Vergleich: Von denjenigen, die 2019 für die Grünliberalen stimmten, hielten ca. 42 % die Umwelt für das wichtigste Problem; 2021 waren es nur noch rund 31 %.

Ähnlich verhält es sich beim Thema Migration und Asylwesen: Während 2019 knapp 25 % der SVP-Wählenden darin das wichtigste Problem sahen, waren 2021 nur noch 13 % dieser Meinung.

Grafik 2: Das wichtigste politische Problem 2021, nach Wählerschaft der sechs grössten Schweizer Parteien



Resultate der fünften Befragungswelle; N (gewichtet) = 2071 Personen.

SP: Sozialdemokratische Partei; GPS: Grüne; GLP: Grünliberale Partei; Die Mitte (Zusammenschluss der Christlichdemokratischen Volkspartei [CVP] und der Bürgerlich-Demokratischen Partei [BDP]); FDP: Die Liberalen/Freisinnig-Demokratische Partei; SVP: Schweizerische Volkspartei.

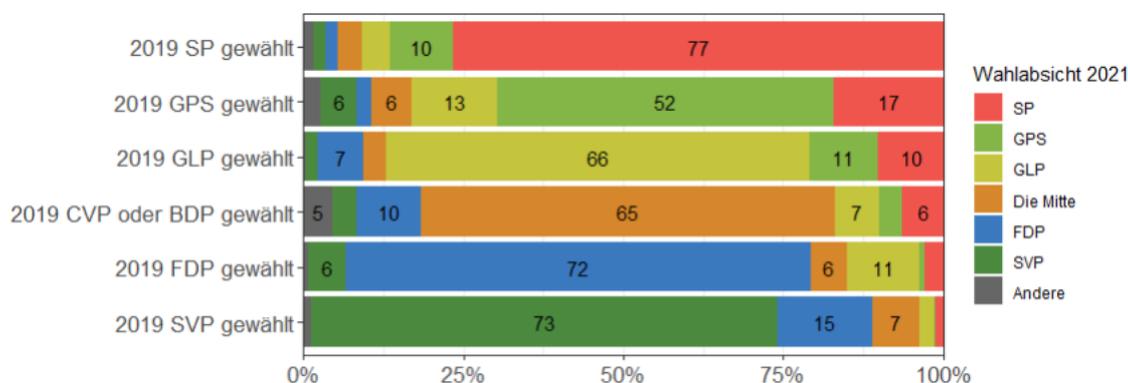
Veränderung der Parteipräferenzen seit den eidgenössischen Wahlen 2019

Wie haben sich die Parteipräferenzen der Schweizerinnen und Schweizer seit den eidgenössischen Wahlen von 2019 entwickelt? Wenn man die Wahlabsicht der Befragten im Jahr 2021 (Welle 5) mit ihrem tatsächlichen Stimmenscheid bei den eidgenössischen Wahlen 2019 (Welle 3) vergleicht, kann man eine solche Entwicklung aufzeigen (Grafik 3).

Zunächst fällt eine gewisse Stabilität bei der Wahlabsicht auf, denn mehr als zwei Drittel der Befragten hatten vor, 2021 für dieselbe Partei wie bereits 2019 zu stimmen. Dennoch lassen sich gewisse Unterschiede je nach gewählter Partei feststellen. Während 77 % der SP-Wählerinnen und -Wähler von 2019 auch 2021 wieder für diese Partei stimmen würden, gaben nur 52 % der Grünen-Wählenden von 2019 an, dies 2021 nochmals tun zu wollen. Ein nicht unerheblicher Teil von ihnen würde eher für die SP (17 %) oder für die Grünliberalen (13 %) stimmen.

Was die Wählerschaft der Grünliberalen von 2019 betrifft, so würden rund zwei Drittel auch 2021 für diese Partei stimmen, während sich ca. 11 % für die Grünen und 10 % für die SP entscheiden würden. Die Loyalität der GLP-Wählerschaft scheint im Zeitvergleich zu steigen, wovon die Partei bei den nächsten Wahlen profitieren könnte. Im Mitte-Rechts-Lager wären ebenfalls zwei Drittel derjenigen, die früher für die CVP oder die BDP (heute Die Mitte) stimmten, erneut bereit, 2021 für Die Mitte zu stimmen, während 10 % von ihnen eher die FDP wählen würden. Was die FDP betrifft, so würden 72 % ihrer Wählerschaft von 2019 erneut für sie stimmen, während rund 11 % eher zu den Grünliberalen, 6 % zur SVP und ebenfalls 6 % zur Mitte wechseln würden. Schliesslich würden auch 73 % der SVP-Wählerinnen und -Wähler von 2019 ihrer Partei treu bleiben, während 15 % eher zur FDP und 7 % zur Mitte wechseln würden. Die SVP hat somit nach der SP die treueste Wählerschaft.

Grafik 3: Vergleich der Wahlabsicht 2021 mit dem tatsächlichen Stimmverhalten bei den eidgenössischen Wahlen 2019



N (gewichtet) = 1835 Personen.

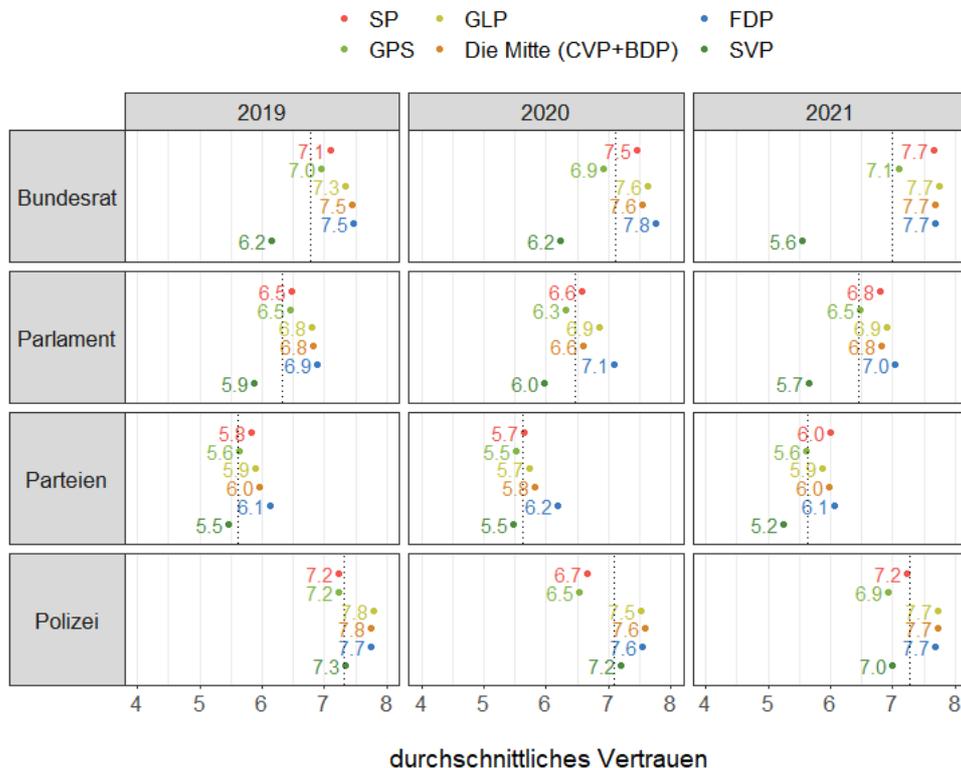
Vertrauen in verschiedene politische Institutionen und Behörden

Die verschiedenen politischen Behörden erfüllen unterschiedliche Aufgaben für das Gemeinwesen. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diese Behörden widerspiegelt zu einem gewissen Grad die Qualität der Beziehung zwischen Bevölkerung und Behörden. Auf Bundesebene stellen Bundesrat und Parlament die beiden wichtigsten politischen Institutionen dar. Die Beziehung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Behörden läuft über die politischen Parteien, welche die Präferenzen der Bevölkerung in die Institutionen hineintragen müssen. Deshalb ist das Vertrauen in die Parteien von grosser Bedeutung. Ebenfalls eine wichtige Akteurin in jedem politischen System ist die Polizei als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols.

Wie gross ist das Vertrauen der Bevölkerung in diese verschiedenen Institutionen? Die nachstehende Grafik 4 stellt das durchschnittliche Vertrauen der Befragten in verschiedene Behörden in Abhängigkeit von ihrer Wahlabsicht dar. Die Befragten wurden gebeten, auf einer Skala von 0 (kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen) das Ausmass ihres Vertrauens in die verschiedenen Behörden anzugeben.

Als Erstes fällt auf, dass das durchschnittliche Vertrauen in den Bundesrat systematisch höher war als das Vertrauen ins Parlament und während der Pandemie sogar leicht anstieg, und zwar von 6,8 im Jahr 2019 auf 7,1 im Jahr 2020 und auf 7,0 im Jahr 2021 (Durchschnitt aller Befragten). Auch das Parlament verzeichnete einen Vertrauensgewinn: das durchschnittliche Vertrauen stieg von ca. 6,3 im Jahr 2019 auf 6,5 in den beiden folgenden Jahren. Eine nennenswerte Ausnahme ist indessen bei der SVP-Wählerschaft zu beobachten, deren durchschnittliches Vertrauen im ersten Pandemiejahr noch dem Vorkrisenniveau entsprach, sich aber 2021 etwas verringerte. Auch der Abstand zu den Wählerschaften der anderen Parteien vergrösserte sich 2021. Zudem weist die SVP-Wählerschaft auch das niedrigste Vertrauensniveau aller Parteien auf. Darauf folgt die Wählerschaft der Grünen, die durchs Band ein niedrigeres Vertrauensniveau als die anderen Parteien aufweist. Einen Gegensatz dazu bildet die Wählerschaft des Mitte-Rechts-Lagers (FDP, CVP und BDP [heute Die Mitte] sowie GLP) mit dem höchsten durchschnittlichen Vertrauensniveau.

Grafik 4: Durchschnittliches Vertrauen in verschiedene Behörden auf einer Skala von 0 (kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen), nach Wahlabsicht



Die gepunkteten vertikalen Linien zeigen das durchschnittliche Vertrauen für alle Befragten an.

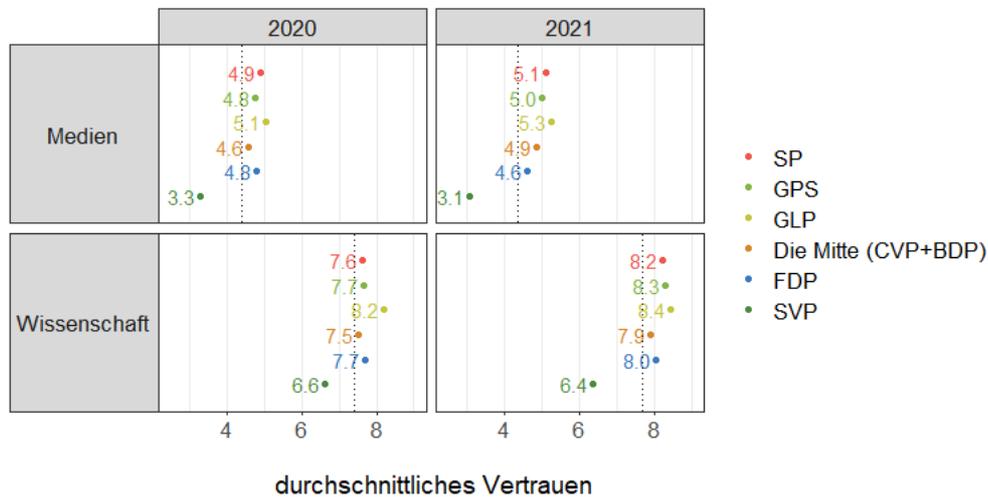
Danach folgen die politischen Parteien, jene Akteure, denen (abgesehen von den Medien, siehe unten) am wenigsten Vertrauen entgegengebracht wird; das durchschnittliche Vertrauensniveau von 5,6 blieb aber zwischen 2019 und 2021 stabil. Erneut zeigen sich Unterschiede zwischen den Wählerschaften der verschiedenen Parteien. Wiederum sind es die Befragten mit einer Wahlabsicht für die SVP und, in geringerem Mass, für die Grünen, die am wenigsten Vertrauen in die politischen Parteien auf Bundesebene haben, wobei hier die Abstände zum Durchschnitt geringer sind als beim Vertrauen in Bundesrat und Parlament. Im Gegensatz dazu ist das Vertrauensniveau der FDP-Sympathisierenden – das höchste überhaupt – über die ganze Zeit hinweg stabil geblieben (ca. 6,1).

Insgesamt wird aber das höchste durchschnittliche Vertrauen der Polizei entgegengebracht, es schwankt zwischen 7,3 in den Jahren 2019 und 2021 und 7,1 im Jahr 2020. Die Welle der Empörung und die Massendemonstrationen in den USA und dem Rest der Welt, einschliesslich der Schweiz, als Reaktion auf die Tötung mehrerer Afroamerikaner durch die Polizei trugen vermutlich dazu bei, dass 2020 das Vertrauen in die Polizei kurzzeitig abnahm, hauptsächlich bei der Anhängerschaft linker Parteien. Interessanterweise stieg aber 2021 das durchschnittliche Vertrauen in die Polizei erneut an und erreichte beinahe das Niveau von 2019, vor allem bei der Wählerschaft von SP, FDP, Mitte und GLP.

Neben den politischen Institutionen wurden die Befragten in den letzten beiden Wellen der Selects-Befragung auch nach dem Ausmass ihres Vertrauens in die Medien und die Wissenschaft gefragt. Dies ermöglicht die Beantwortung von zwei Fragen: Inwieweit gibt es auch in der Schweiz eine Vertrauenskrise gegenüber den Medien? Und sind die Debatten über die Rolle und die Empfehlungen der aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammengesetzten Covid-19-Task-Force

Ausdruck einer generellen Infragestellung der Wissenschaft? Die Ergebnisse sind in der nachstehenden Grafik 5 dargestellt.

Grafik 5: Durchschnittliches Vertrauen in die Medien und die Wissenschaft auf einer Skala von 0 (kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen), nach Wahlabsicht



Die gepunkteten vertikalen Linien zeigen das durchschnittliche Vertrauen für alle Befragten an.

Erstens zeigt sich, dass das Vertrauen in die Medien mit einem Gesamtdurchschnitt von 4,4 von 10 besonders gering ist. Die SVP-Wählerinnen und -Wähler bringen den Medien die grösste Skepsis entgegen, die Grünliberalen am meisten Vertrauen. Zwischen 2020 und 2021 lässt sich indessen bei den Sympathisierenden der meisten Parteien ein leichter Anstieg des Vertrauens in die Medien feststellen; eine Ausnahme bilden hier die SVP- und die FDP-Wählerschaft, deren Vertrauensniveau sogar gesunken ist.

Zweitens ist das relativ hohe Vertrauen in die Wissenschaft der Wählerschaft aller Parteien mit Ausnahme der SVP zwischen 2020 und 2021 sogar gestiegen. Es scheint sich also eine gewisse Polarisierung zwischen diesen beiden Lagern abzuzeichnen. Dies widerspiegelt möglicherweise die Polarisierung, die auch bei den beiden Abstimmungen über das Covid-19-Gesetz vom Juni und November 2021 zwischen der SVP-Wählerschaft und den anderen grossen Parteien zu beobachten war.¹

Leistung der Regierung bei der Bewältigung der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie veranlasste Bundesrat und Kantone dazu, eine Reihe von Massnahmen zur Bewältigung dieser Krise zu ergreifen. Diese wurden von der Schweizer Bevölkerung mehr oder weniger positiv aufgenommen. Grafik 6 zeigt die Resultate der fünften Befragungswelle (2021), bei der die Befragten, unterteilt nach Sprachregionen, das Verhalten des Bundesrats und der Kantonsregierungen zu beurteilen hatten.

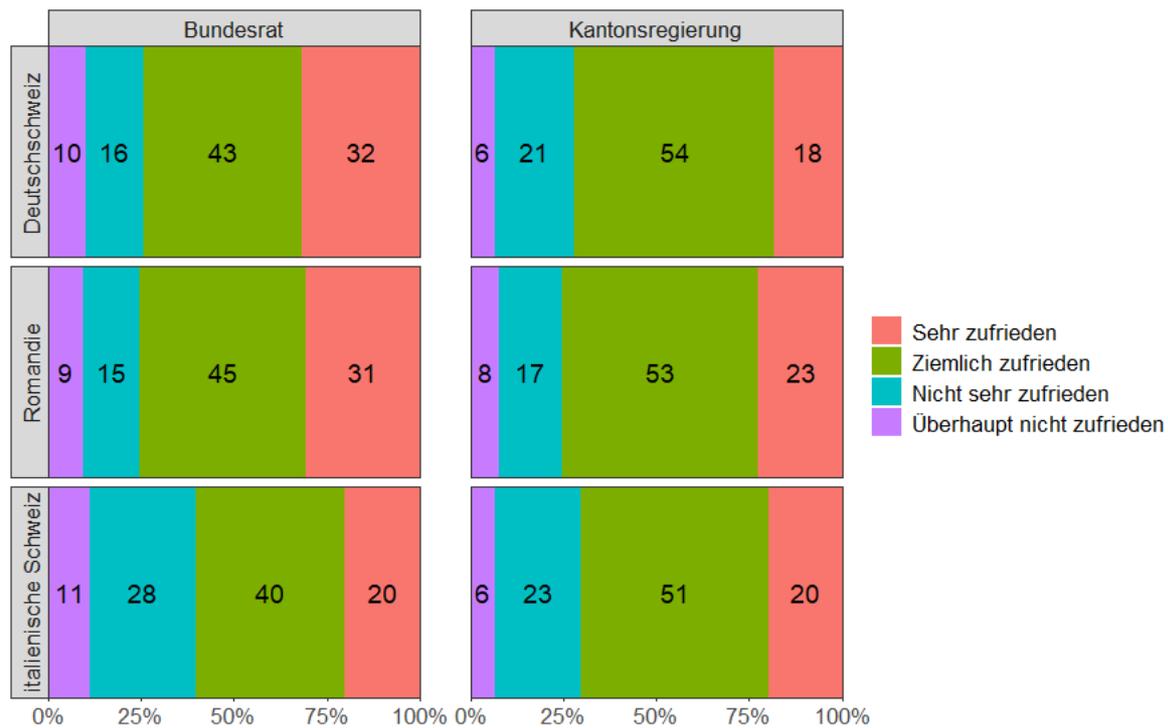
¹ VOX-Analysen zu den Abstimmungen vom Juni und November 2021:

https://vox.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2021/11/d_vox_schlussbericht_v2.pdf

https://vox.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2022/01/d_vox_schlussbericht_nov_2021_def.pdf

Insgesamt gaben beinahe drei Viertel der Befragten an, mit der Krisenbewältigung der Regierung (Bund oder Kantone) zufrieden oder sehr zufrieden zu sein. Die kritischste Beurteilung, insbesondere des Bundesrats, war in der italienischsprachigen Schweiz zu beobachten, wo nur 60 % der Befragten zufrieden oder sehr zufrieden waren. Bei der Beurteilung der Kantonsregierung ist der Unterschied jedoch geringer. Rund 71 % der Befragten waren mit der Krisenbewältigung ihrer Kantonsregierung sehr zufrieden oder einigermaßen zufrieden, während in der Westschweiz 76 % und in der Deutschschweiz 72 % der Befragten dieser Meinung waren.

Grafik 6: Beurteilung der Leistung von Bundesrat und Kantonen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie im Jahr 2021, nach Sprachregion der Befragten

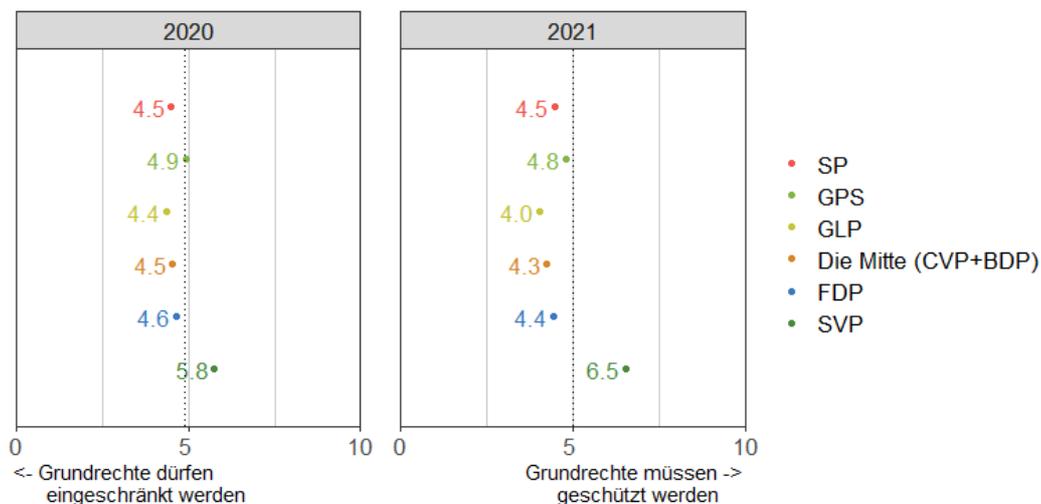


N (gewichtet) = 2307 bzw. 2296.

Wahrnehmung der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie

Die zur Bekämpfung der Pandemie ergriffenen Massnahmen haben manchmal die Grundrechte eingeschränkt und einen Eingriff in die Privatsphäre dargestellt. In welchem Ausmass waren diese Einschränkungen aus der Sicht der Befragten gerechtfertigt? Zuerst konnten sich die Befragten dazu äussern, ob ihrer Meinung nach Einschränkungen der Grundrechte zur Pandemiebekämpfung berechtigt sind. Grafik 7 zeigt, wo sich die Wählerinnen und Wähler der sechs grössten Parteien auf einer Skala von 0 (Privatsphäre und Grundrechte können ohne Weiteres eingeschränkt werden) bis 10 (Privatsphäre und Grundrechte müssen um jeden Preis geschützt werden) positionieren.

Grafik 7: Beurteilung von Einschränkungen der Privatsphäre und der Grundrechte zur Bekämpfung der Pandemie auf einer Skala von 0 bis 10, nach Wahlabsicht



N gewichtet = 2395 (Welle 4) bzw. 2161 (Welle 5). 0 = Grundrechte können ohne Weiteres eingeschränkt werden. 10 = Grundrechte müssen um jeden Preis geschützt werden. Die Werte in der Grafik stellen die durchschnittliche Position für jede Gruppe dar.

Die gepunkteten vertikalen Linien zeigen die durchschnittliche Position für alle Befragten, d. h. 4,9 für 2020 und 5,0 für 2021.

Im Durchschnitt scheinen die Befragten der Ansicht zu sein, es brauche einen Mittelweg zwischen dem Schutz der Grundrechte und gewissen Einschränkungen, wie die Werte um 5 zeigen. Die mittlere Position der Befragten (gepunktete vertikale Linie) ist übrigens zwischen den beiden letzten Befragungswellen stabil geblieben (2020: 4,9; 2021: 5,0). Die Mehrheit der Sympathisierenden der verschiedenen Parteien tendiert indessen etwas mehr zur Möglichkeit von Einschränkungen. Eine Ausnahme bilden die SVP-Sympathisierenden, die den absoluten Schutz der Grundrechte etwas stärker gewichten als die Möglichkeit, diese einzuschränken. Dagegen tendieren die GLP-Wählerinnen und -Wähler am stärksten dazu, gewisse Einschränkungen der Grundrechte höher zu bewerten als deren absoluter Schutz.

Die Entwicklungen zwischen dem Beginn der Pandemie im Jahr 2020 und 2021 zeigen, dass sich der Abstand zwischen den SVP-Wählenden und der Wählerschaft der anderen Parteien vergrößert hat. Es lässt sich erneut die bereits früher beobachtete Polarisierung feststellen, bei der die Standpunkte der beiden Lager zusehends auseinanderdriften.

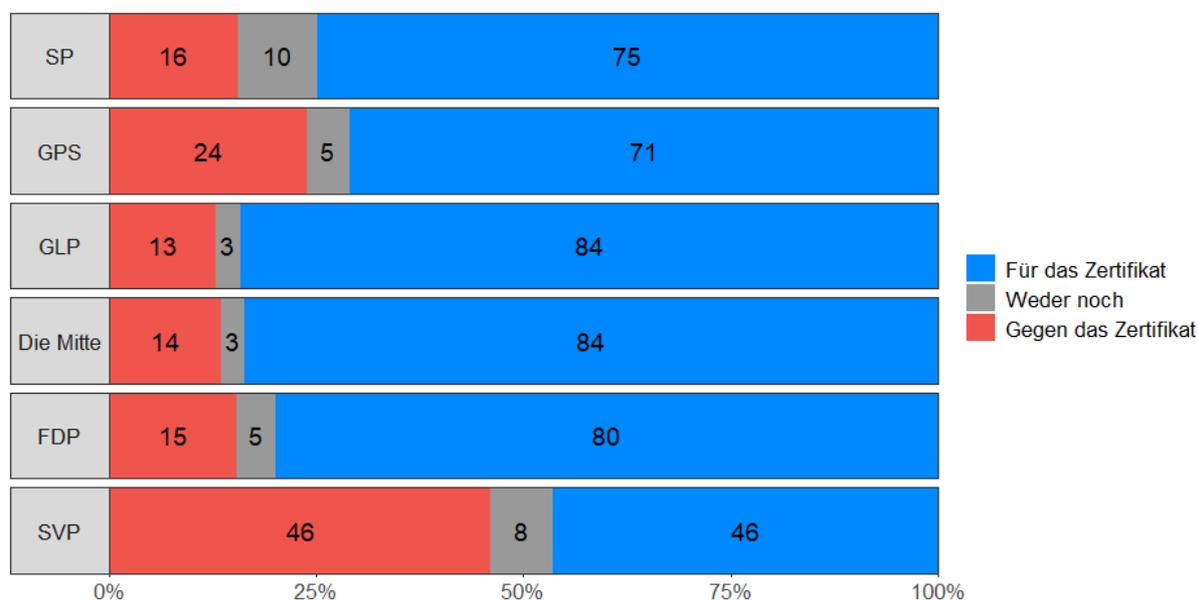
Eine konkrete freiheitsbeschränkende Massnahme war die Einführung des Covid-Zertifikats. In welchem Ausmass unterstützten die Wählerschaften der grössten Parteien das Covid-Zertifikat?² Grafik 8 zeigt den Anteil der Sympathisierenden der grössten Parteien, die ein paar Wochen vor der Abstimmung über das Covid-Gesetz vom November 2021 für beziehungsweise gegen das Zertifikat waren.

Die Parteien der Mitte (GLP und Die Mitte) befürworteten zum Zeitpunkt der Befragung das Covid-Zertifikat am stärksten (84 % Zustimmung), dicht gefolgt von der FDP-Anhängerschaft (80 %). Bei den Sympathisierenden der Linksparteien (SP und Grüne) fiel die Unterstützung mit 75 % bzw. 71 % um

² Siehe auch Rennwald, Line, Tresch, Anke & Lauener, Lukas (2022). Das Covid-Zertifikat: Grund für eine neue politische Spaltung? *DeFacto*: <https://www.defacto.expert/2022/01/26/das-covid-zertifikat-grund-fuer-eine-neue-politische-spaltung/>

beinahe 10 Prozentpunkte geringer aus. Und schliesslich waren die SVP-Wählenden in dieser Frage vor Beginn des Abstimmungskampfes besonders stark gespalten. So standen 46 % von ihnen dem Covid-Zertifikat kritisch gegenüber, während es von ebenso vielen befürwortet wurde.

Grafik 8: Einstellung zum Covid-Zertifikat im September/Oktober 2021



N (gewichtet) = 2314 (Welle 5). Die Kategorie «für das Zertifikat» umfasst die Personen, die sehr oder eher dafür sind, jene «gegen das Zertifikat» umfasst die Personen, die sehr oder eher dagegen sind.

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie

Gesamthaft gesehen ist die gegenwärtige Situation für die Schweiz absolut neu. Denn die stärkere Führungsrolle von Bundesrat und Kantonsregierungen ging manchmal auf Kosten der Legislative. Dieser Sachverhalt wurde denn auch kritisiert, insbesondere, weil er die Funktionsweise der Schweizer Demokratie beeinträchtigt. Wie haben die von uns befragten Personen diese Situation wahrgenommen? Anhand der Resultate von drei Wellen – eine vor der Pandemie (Welle 1) und zwei Befragungswellen seit Pandemiebeginn (Wellen 4 und 5) – kann man darstellen, wie sich die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Schweiz entwickelt hat (Grafik 9).

Die Resultate zeigen, dass die grosse Mehrheit der Befragten ziemlich oder sehr zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in der Schweiz ist. Der Anteil der Zufriedenen ist seit 2019 sogar noch leicht gestiegen (von 86 % auf 89 %; erste Zeile der Grafik). Seit Pandemiebeginn übersteigt dieser Anteil bei den Personen, die sich selbst als politisch links, in der Mitte oder rechtsstehend einstuften, sogar 90 Prozentpunkte. Bei den Personen hingegen, die sich auf der Links-Rechts-Skala an den äusseren Rändern positionieren, ist der Anteil der Zufriedenen um 5 bis 10 Prozentpunkte geringer. Dennoch ist auch bei diesen Befragten die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gestiegen. So ist bei den Personen, die sich links aussen positionieren, der Anteil der Zufriedenen von 84 % im Jahr 2019 auf 88 % im Jahr 2021 gestiegen, während bei Personen, die sich als rechts aussen stehend bezeichnen, dieser Anteil von 80 % (2019) auf 84 % (2021) gestiegen ist.

Grafik 9: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Schweiz (in %), gemäss Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala



N (gewichtet) = 7288 (Welle 1), 2422 (Welle 4) & 2243 (Welle 5). Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala: 0-2 (links aussen); 3-4 (links); 5 (Mitte); 6-7 (rechts); 8-10 (rechts aussen).

Politische Meinungen in Zeiten von Corona

Die Corona-Pandemie, die im Winter 2019 begann und im Frühling 2020 die Welt in einen Ausnahmezustand versetzte, hat unsere Lebensweise auf den Kopf gestellt. Diese Umwälzungen sind auch im politischen Bereich zu beobachten, wie die Resultate dieser Längsschnitbefragung zeigen. Anhand der in diesem Bericht vorgestellten Resultate lassen sich vier zentrale Befunde feststellen.

Erstens schreiben die Schweizer Bürgerinnen und Bürger der Corona-Pandemie eine besonders hohe Priorität zu. So halten beinahe ein Drittel der Befragten dieses Thema derzeit denn auch für das wichtigste politische Problem. Diese Zahl ist bei den Sympathisierenden von fünf der sechs grössten Parteien ähnlich hoch. Eine nennenswerte Ausnahme betrifft die Sympathisierenden der Grünen, von denen «nur» 18 % Corona für das wichtigste Problem halten, während für beinahe 55 % immer noch die Umwelt das dringendste Problem ist. Doch selbst für Befragte mit einer Wahlabsicht für die Grünen hat Corona auf Kosten der Umweltthematik an Bedeutung gewonnen. Zum Vergleich: Die potenzielle Wählerschaft der Grünliberalen misst der Corona-Problematik ungefähr gleich viel Bedeutung bei wie der Umweltthematik (ungefähr je 31 % für jedes politische Problem).

Zweitens scheint sich mit dem Fortschreiten der Pandemie eine stärkere Polarisierung zwischen zwei Lagern abzuzeichnen: zwischen den SVP-Sympathisierenden, die dem Covid-Zertifikat kritischer gegenüberstehen und weniger Vertrauen in die politischen Institutionen, die Medien und die Wissenschaft haben, und den Sympathisierenden der anderen Parteien, die den Institutionen generell mehr Vertrauen entgegenbringen, insbesondere bei der Pandemiebewältigung. Diese beiden Lager messen der Covid-Problematik zwar eine besondere Bedeutung bei, sind sich aber bezüglich der Krisenbewältigung nicht ganz einig. Was die Sympathisierenden der Grünen betrifft, so liegen diese beinahe in der Mitte zwischen diesen beiden Lagern, auch wenn ihre Position etwas näher beim zweiten Lager liegt.

Drittens scheinen die Unterschiede zwischen den Sprachregionen nicht allzu gross zu sein, wobei die italienische Schweiz dem Bundesrat gegenüber ein wenig kritischer eingestellt ist. Dies ist ein wichtiger Befund, wenn man bedenkt, dass nicht die ganze Schweiz gleichermassen stark von der Pandemie

betroffen war und die Kantone auch nicht die gleichen Massnahmen zur Krisenbewältigung ergriffen, jedenfalls nicht zu Beginn der Krise.

Viertens und letztens scheint die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger trotz der derzeitigen Krise, die auch auf politischer Ebene Auswirkungen hat, mit der Schweizer Demokratie weiterhin zufrieden zu sein und ein relativ hohes Behördenvertrauen zu haben. Sollte die Pandemie jedoch noch länger anhalten, so könnte es durchaus sein, dass diese Zufriedenheit und dieses Vertrauen irgendwann nachlassen würden. Dies scheint bereits in Bezug auf das Vertrauen in die Parteien im Allgemeinen und in die Medien der Fall zu sein.